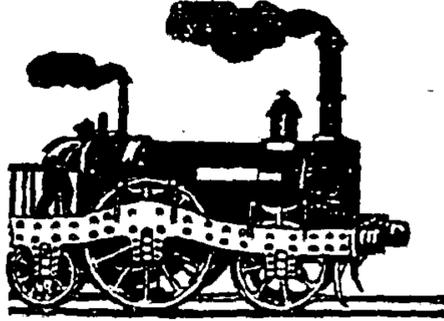


Erscheint Dienstag, Donner-
tag und Sonnabend,
Zusätze müssen Tags zuvor
bis Mittag eingehen.

Lothomotive

Insertionsgebühr für die ge-
spaltene Zeile 1 Sgr.
Wiederholungen kosten nur
die Hälfte.

an der  Oder.

Zeitung für alle Stände,

verbunden mit dem **Intelligenzblatt für die Städte:**

Dels, Bernstadt, Juliusburg, Hundsfeld, Festenberg, Namslau, Dhlau, Kempen.

Redaktion, Verlag und Schnellpressendruck von **A. Ludwig.**

Pro. 60.

Dels, den 31. Mai

1866.

Deutsche Zustände.

Mitten in eine Zeit unruhiger Bewegung und span-
nender Verhältnisse hinein erging von Berlin die Auf-
forderung zu einer Umgestaltung des deutschen Bundes
und zur Einberufung eines deutschen Parlamentes. Man
wäre überrascht sein und fragen, ob denn eine solche
Maßregel zeitgemäß wäre, weil ein drohender, blutiger
Kampfenstoß der beiden Großmächte in Deutschland
immer näher rückte. Aber bei ruhiger Ueberlegung kann
man wohl einsehen, wie gerade die Spannung mit Oester-
reich den Gedanken an Reform der deutschen Verhält-
nisse zur Reife gedeihen ließ. Unser jetziger Minister-
präsident war acht Jahre preussischer Bundestags-Ge-
sandter; als er im Jahre 1859 Gesandter in St. Peter-
sburg war, so theilte er seine Ansichten über die deutschen
Bundeseinrichtungen von dort aus dem damaligen Mi-
nister von Auerwald mit und schrieb: „Aus den acht
Jahren meiner Frankfurter Amtsführung habe ich als
Ergebniß meiner Erfahrungen die Ueberzeugung mit-
genommen, daß die dormaligen Bundeseinrichtungen für
Preußen im Frieden eine drückende, in kritischen Zeiten
eine lebensgefährliche Fessel bilden, ohne uns dafür die
nothwendigen Aequivalente zu gewähren, welche Oesterreich, bei
dem ungleich größeren Maße eigener freier Bewegung,
sich ihnen zieht.“

Seit dem sind wieder sieben Jahre vergangen und
die Verhältnisse haben sich für Preußen nicht gebessert.
Die Vorschläge, die von Preußen ausgingen, um Deutsch-
land eine geschlossene Einigkeit und dadurch mehr Kraft
und Ansehen zu verleihen, fanden einen fast unüberwind-
lichen Widerstand an den um Oesterreich sich schaa-
renden Regierungen; man denke nur an die Zollverhältnisse, an
die Flottenfrage, an die Handels- und Preßgesetzgebung.
Man erinnere sich, wie sich die Mehrzahl aller Fürsten
Oesterreichs scharte, als von Preußen aus der Ver-
einigung gewagt werden sollte, den unerträglichen Druck, der
auf dem Hessenvolke lastete, zu erleichtern. Die Ab-
weisung der Regierungen gegen jede Art des Fortschrittes
zum Besseren und der geringsten Abhängigkeit von Preu-
ßen ist nun besonders in Süddeutschland auch mehr und
mehr in das Volk übergegangen. So schreibt man aus
Günzenhausen am 22. Mai eine
öffentliche Besprechung von Abgeordneten und Mit-
gliedern der bayerischen Fortschritts-Partei statt. Die
Besprechung sollte hauptsächlich zur Orientirung der Ab-
geordneten über die in der Partei herrschenden Ansichten
über die Stellung, welche die Kammer in der augen-
blicklich schwebenden Frage einzunehmen habe, dienen.
Die Einhelligkeit sprach sich die Versammlung gegen
bedingte Neutralität und im Falle eines preussischen
Angriffes für sofortiges Eintreten in die Action an der
Seite Oesterreichs aus, wenn dieses durch Anerkennung
des vollen Rechtes der Herzogthümer (Anerkennung des
Rechts Friedrichs, Berufung des holsteinischen Vertreters
in den Bund und Stellung des holsteinischen Contingents)

die unerläßlichen Garantien dafür giebt, daß beim Frie-
densschlusse die Herzogthümer selbst nicht als Compen-
sations-Object verwendet werden. Der Herr Abgeordnete
Dr. Brater namentlich war es auch, der für die Ver-
werfung einer unbedingten Neutralität plaidirte. Ferner
sei die Bewilligung von Geldmitteln an die bayerische
Regierung von der Bedingung abhängig zu machen,
daß das Ministerium den Kammern in der oben ge-
dachten Richtung verlässige Zusicherungen macht.“ Also
nicht bloß die Regierung, sondern auch die liberalen
Volkvertreter in Baiern erklären sich offen gegen eine
Stärkung Deutschlands durch Preußens Vergrößerung
und wünschen, um einen neuen Kleinstaat erwachsen zu
sehen, an Oesterreichs Seite gegen Preußen zu Felde zu
ziehen; noch undeutscher als in Baiern ist die Stimmung
bei der württembergischen Regierung. Für Anschluß an
Preußen hat sich in Süddeutschland Niemand, für ehr-
liche Neutralität nur Baden erklärt.

Oesterreich aber, das die süddeutschen Staaten nebst
Sachsen und Hannover für seine Vasallenstaaten an-
sieht, hat diese Neutralitäts-Erklärung Badens sehr übel
vermerkt. Man schreibt dem Blatte, welches aus Wien
immer die besten und sichersten Nachrichten erhält — der
Augsburger Allgemeinen Zeitung —: Auf die Haltung
der Mittelstaaten fängt man nachgerade an, in Wien
kein großes Gewicht mehr zu legen. Seit dem letzten
Bundestags-Antrage ist es klar, daß keiner der streiten-
den Theile von dieser Seite etwas zu erwarten habe.
Indessen dürfen wir doch auf die Bundesgenossenschaft
einzelner Staaten rechnen. Baden war der erste Staat,
welcher die Neutralität der Mittelstaaten befürwortete:
der badische Gesandte ließ am hiesigen Hofe schon vor
ungefähr zehn Tagen einem hochgestellten Staatsmanne
gegenüber diese Absicht durchschimmern. Charakteristisch
ist die Antwort, welche der Herr Gesandte auf diese Er-
öffnung erhalten haben soll. Unser Staatsmann soll
erwidert haben: „Nun gut, dann wird sich wenigstens
nach dem Kriege leicht ein Compensations-Object für
unsere süddeutschen Bundesgenossen finden lassen.“

Die Augsburger Zeitung hätte aber gewiß die
Drohung, Baden zwischen Baiern und Württemberg
zu theilen, nicht ausgesprochen, wenn sie nicht von Wien
aus dazu ermächtigt worden wäre. Und Oesterreich hat
gar nicht so unrecht, die Kleinstaaten als seine Vasallen
anzusehen, da ein großer Theil von ihnen sich ja selbst
so betrachtet. Als vor Kurzem die Minister der meisten
Bundesstaaten in Bamberg tagten, schloß man die
Abgeordneten der thüringischen Staaten, denen man
nicht recht traute, von den geheimen Verabredungen
aus und Württemberg, Hessen-Darmstadt und Nassau
ordnen ihre Streitkräfte willig der Führung eines öster-
reichischen Generals unter. Dabei ist es Niemandem
unbekannt, daß Oesterreich ein überwiegend slavischer
Staat, ebenso wie Preußen fast nur ein einiger deut-
scher Staat ist; aber die Süddeutschen wollen lieber
mit ihren hanatischen, czechischen, kroatischen und dals-